



komba
gewerkschaft
remscheid



Positionspapier der in der Stadtverwaltung Remscheid vertretenden Gewerkschaften komba gewerkschaft und ver.di zur Gründung einer Schulbaugesellschaft

November 2024

Die in der Stadtverwaltung Remscheid vertretenden Gewerkschaften nehmen die Pläne zur Gründung einer Schulbau GmbH mit großer Besorgnis zur Kenntnis. Als Interessensvertretung der Beschäftigten möchten wir die potenziellen Auswirkungen dieses Vorhabens auf verschiedene Bereiche der städtischen Verwaltung und die betroffenen Mitarbeitenden kritisch beleuchten.

1. Auslagerung öffentlicher Aufgaben

Die Gründung einer Schulbau GmbH stellt eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben dar. Die Verantwortung für den Bau und die Sanierung von Schulen ist eine zentrale kommunale Aufgabe, die durch die Stadtverwaltung in enger Zusammenarbeit mit den Fachämtern wahrgenommen wird. Eine Auslagerung könnte zu einem Verlust von Einfluss und Kontrolle führen.

2. Gefährdung der Arbeitsbedingungen

Die geplante Struktur wirft erhebliche Fragen zu den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auf. Werden bestehende Mitarbeitende in die Schulbau GmbH überführt, wird dies zu Verschlechterungen bei Tarifen, Arbeitszeiten und sozialen Sicherheiten führen, da die Gesellschaft nicht tarifgebunden ist. Die Beschäftigten würden keinen Schutz durch einen Personalrat erhalten. Die Stadtverwaltung hat eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten, die nicht durch externe Gesellschaften unterlaufen werden darf.

3. Personal gewinnen und halten

Fragwürdig ist der erwähnte Personalengpass bzw. die Herausforderung Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Ursächlich wird vermutet, dass es an einer nicht attraktiven Gehaltsstruktur liegt. Vorrangig müssten jedoch erst alle 15,5 unbesetzten Stellen im Gebäudemanagement überhaupt ausgeschrieben werden um sich ein Urteil über die Schwierigkeit der Gewinnung von Fachkräften zu bilden. Des Weiteren zeigen umliegende Kommunen Möglichkeiten Stellen aufzuwerten und bieten weitere attraktive Benefits. Diese Mittel müssen zunächst ausgeschöpft werden um Personal zu gewinnen, aber vor allem auch bestehende Fachkräfte zu halten.



komba
gewerkschaft
remscheid



Positionspapier der in der Stadtverwaltung Remscheid vertretenden Gewerkschaften komba gewerkschaft und ver.di zur Gründung einer Schulbaugesellschaft

November 2024

4. Transparenz und Zuständigkeiten

Die Gründung wirft weitere Fragen auf, wie zum Beispiel die der Kommunikation zwischen Gebäudemanagement, Schulamt und neuer GmbH. Es bleibt zu befürchten, dass ein neuer Wasserkopf entsteht. Bis sich die Zusammenarbeit etabliert hat – dies zeigen die Erfahrungen in anderen Städten – vergeht unnötig Zeit, welche für die Umsetzung des Schulausbau nicht zur Verfügung steht.

5. Langfristige wirtschaftliche Risiken

Die Auslagerung in eine GmbH mag kurzfristig Vorteile durch Flexibilität und schnellere Entscheidungsprozesse bringen. Langfristig drohen jedoch zusätzliche Kosten durch teure externe Beratungsleistungen, Außertarifliche Gehälter, geringeren Wettbewerb bei Auftragsvergaben und mögliche Fehlkalkulationen. Die Risiken solcher Projekte haben andere Kommunen bereits schmerzlich erfahren müssen.

6. Weitere Aufgabenübertragung ergänzend zur Gründung der Schulbaugesellschaft

Die Prüfung weiterer Aufgabenübertragung ergänzend zur Gründung der Schulbaugesellschaft kritisieren wir stark. Die Stadt Remscheid besitzt ein Gebäudemanagement, welches mit Struktur und voller Stellenbesetzung leistungsstark und modern auftreten kann. Zudem hat die Stadtverwaltung einzig mit dem internen Gebäudemanagement den direkten Durchgriff auf das Gebäudemanagement und eine volle und direkte Handlungsfähigkeit.



komba
gewerkschaft
remscheid



Positionspapier der in der Stadtverwaltung Remscheid vertretenden Gewerkschaften komba gewerkschaft und ver.di zur Gründung einer Schulbaugesellschaft

November 2024

7. Alternativen zur GmbH-Gründung

Wir sind der festen Überzeugung, dass die bestehenden Herausforderungen im Schulbau und der Schulsanierung auch innerhalb der städtischen Verwaltung bewältigt werden können. Hierfür bedarf es allerdings einer besseren Ausstattung der zuständigen Fachämter mit Personal, Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen. Die Regelungen des TVöD müssen endlich vollumfänglich genutzt werden, um die Attraktivität des Arbeitsplatzes zu erhöhen (bspw. Die Zahlung von Zulagen). Eine GmbH-Gründung ist keine zwingende Voraussetzung für Effizienz und Fortschritt.

Fazit

Die Gründung einer Schulbaugesellschaft ist aus Sicht der in der Stadtverwaltung Remscheid vertretenden Gewerkschaften ein Offenbarungseid und lehnen die Gründung einer Schulbau GmbH in der vorgeschlagenen Form daher ab. Wir fordern die Verantwortlichen auf, alternative Modelle zu prüfen und sich klar zur Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu bekennen. Es gilt, den Interessen der Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie der Mitarbeitenden gleichermaßen gerecht zu werden.

Torsten Helbig
Vorsitzender
komba gewerkschaft remscheid

Angela Steinhaus
Vorsitzende
ver.di Ortsverband Remscheid